

Stadt Ilsenburg



(Harz)



Anlage 6
1. 7L 7L
✓ 17
10.
Blankenburg Harz
? Pa

Ministerium für Inneres und Sport
Herrn Minister Stahlknecht
Halberstädter Straße 2
39112 Magdeburg

11. Oktober 2011

**Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen;
Koalitionsvereinbarung – Wahlrecht**

Sehr geehrter Minister Stahlknecht,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 20.09.2011.

Die darin kurz und bündig enthaltene Aussage, das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Wahlrecht zwischen Doppik und erweiterter Kameralistik nun doch nicht zu gewähren, überrascht und enttäuscht uns sehr.

Wir haben, wie viele andere Gemeinden auch, auf eine Alternative zur Doppik gehofft. Die bisherigen Erfahrungen, auch in anderen Bundesländern, lassen dieses Verfahren nicht unbedingt als der Weisheit letzter Schluss erscheinen.

Vielmehr scheint die Einführung der sogenannten erweiterten Kameralistik deutlich besser geeignet, das Rechnungswesen der Kommunen zu modernisieren, ohne die Prozesse unverhältnismäßig zu verkomplizieren.

Wir dürfen darauf verweisen, dass das Land Sachsen-Anhalt wie selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt, die Doppik nicht einzuführen.

Die Aussage des Finanzministers Bullerjahn auf dem Bürgermeistertreffen am 07.04.2011 in Ilsenburg (Harz) hatte viele Städte und Gemeinden veranlasst, zunächst nicht oder nur gebremst weiter in das doppelte System zu investieren.

Der nunmehr von Ihnen abschließend gesetzte Termin, die Doppik zum 01.01.2013 einzuführen, ist für die Städte nicht umsetzbar.

Dem Erwecken von Hoffnungen und Erwartungen, immerhin im Leitbild der regierungstragenden Parteien, muss Rechnung durch die Verschiebung des Einführungstermins getragen werden.

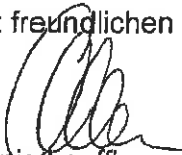
Ein Zeitraum von 2 Jahren ist hierfür nach unserer Einschätzung zwingend erforderlich, ein frühestmöglicher Einführungstermin wird demnach nicht vor dem 01.01.2015 gesehen.

In diesem Zuge ist es ferner zwingend notwendig, die „Angemessenheit der Abschreibung zu prüfen“.

Wir erwarten insofern jedenfalls die Umsetzung der diesbezüglichen Aussage im Koalitionsvertrag.

Die Bürger unserer Städte, die bereits permanent sinkende Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt verkraften müssen, dürfen zukünftig nicht durch die virtuelle Erwirtschaftung von Rückstellungen real in Ihrer Lebensqualität eingeschränkt werden.

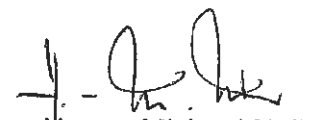
Mit freundlichen Grüßen



Denis Loeffke
Bürgermeister
Stadt Ilseburg (Harz)



Peter Gaffert
Oberbürgermeister
Stadt Wernigerode



Hanns-Michael Noll
Bürgermeister
Stadt Blankenburg (Harz)